

Experte warnt vor Freiwilligendienst "zweiter Klasse"

Bremen (epd). Der Geschäftsführer des Sozialen Friedensdienstes (SFD) in Bremen, Andreas Rheinländer, warnt vor einem Jugend-Freiwilligendienst "zweiter Klasse" nach Aussetzung der Wehrpflicht. Falls der Bund mit freiwerdenden Zivildienstgeldern einen eigenen und gut finanzierten Freiwilligendienst anbiete, könne das die Existenz freier Träger gefährden, sagte Rheinländer am Freitag in einem epd-Gespräch. Schon heute sei ein Zivildienstplatz verglichen mit einer Stelle des Freiwilligen Sozialen Jahres (FSJ) wesentlich billiger.

Während die Träger eines Zivildienstplatzes monatlich etwa 350 Euro bezahlen müssten, seien die Kosten im FSJ etwa doppelt so hoch, bilanzierte Rheinländer. Er befürchtet, dass das jetzige Bundesamt für den Zivildienst in Köln nach dem faktischen Ende des Wehrrersatzdienstes mit der Organisation eines staatlichen Freiwilligendienstes betraut werden könnte. Die Kölner würden dann vom Zivildienstetat profitieren, der 567 Millionen Euro betrage.

Hintergrund ist der Vorschlag von Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU), die Wehrpflicht auszusetzen, was auch weitreichende Folgen für den Zivildienst hätte. Rheinländer rechnet damit, dass dann 30 bis 50 Prozent mehr junge Leute Interesse an einem Freiwilligen Sozialen oder Ökologischen Jahr hätten: "Die Zahl der Stellen müsste massiv ausgebaut werden."

"Dafür brauchen wir aber keine Bundesstruktur", betonte Rheinländer. Es sei wichtig, dass für die Jugendlichen vor Ort passgenaue Stellen entwickelt und mit einer guten Beratung der Freiwilligen verbunden würden. "Das machen Träger wie der Soziale Friedensdienst schon seit Jahren." Rheinländer plädiert dafür, dass der Bund freiwerdende Mittel aus dem Zivildienstetat den bisherigen Trägern zur Verfügung stellt. Damit könnten etwa Sozialausgaben und pädagogische Kosten in Höhe von zusammen rund 350 Euro pro Stelle und Monat bezahlt werden.

Im vergangenen Jahr gab es laut Bundesfamilienministerium knapp 25.000 staatlich bezuschusste Plätze für das Freiwillige Soziale und das Freiwillige Ökologische Jahr. Bislang investierte der Bund dafür jährlich 50 Millionen Euro.

Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (CDU) will an diesem Montag mit den Fachpolitikern der Koalition die Modelle für den künftigen Zivildienst erörtern.

Internet: www.sfd-bremen.de

August 2010